

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 M. 45 Hg. in Rente 12 M. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 60 Hg. die Reklamzeile 1 M. 60 Hg. Mindestbetrag eines Auftrags 2 M. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsbezug ist der Rabatt einfügig.

Nr. 30.

Altensteig, Montag den 7. Februar.

Jahrgang 1921.

Das Pariser Abkommen.

Die Kriegsschädigung, die keine sein dürfte — nur dem Wessenshillsands- und Friedensvertrag —, ist in Anbetracht des geringen Restes von Leistungsfähigkeit Deutschlands heller Wahnsinn. Niemand wird glauben, daß solche Bedingungen erfüllt werden können. Auch die Feinde glauben es nicht, das hat Lloyd George selbst wiederholt ausgesprochen. Keynes schätzte die Leistungsfähigkeit Deutschlands vor einem Jahr auf höchstens 30 Milliarden Goldmark, und der Engländer Philip Gibbs erklärte dieser Tage, die Kriegsschädigung von 55 Milliarden Dollar (nach amerikanischem Geld) sei der Tod Deutschlands; das Neueste, was es anbringen könnte, wären vielleicht 20 Milliarden Dollar.

Dabei berücksichtigt der Verband nicht im Geringsten, was Deutschland bereits geleistet hat. Beim Wessenshillsands setzte der Verband absichtlich so kurze Fristen zur Räumung des von den Deutschen besetzten Gebiets, daß ungeheure Mengen des wertvollsten Materials, das nach dem Völkerrecht unter diesen Umständen nicht als Beute gelten konnte, zurückerlassen werden mußte. Der Wert ist nach einer sehr vorsichtigen Schätzung des früheren Präsidenten der Reichsschädigungskommission Dr. Girkmann auf mindestens 15 Milliarden Goldmark zu veranschlagen. Außerdem mußten u. a. abgeliefert werden: 5000 Kanonen, darunter 2500 schwere Geschütze, 25000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 1700 Flugzeuge, 5000 Lastkraftwagen, 5000 Lokomotiven, 150000 Eisenbahnwagen, die Dampfschiffe, die Kriegsschiffe, die Kluffschiffe, die Sogger, Docks, die deutschen Handel, das deutsche Privatvermögen im Ausland, zusammen ganz gering gerechnet 40 Milliarden Goldmark. Dazu kommt der Verlust sämtlicher Kolonien, Elbsch-Vorbringen, das Saargebiet, Eupen-Malmédy, Polen, Westpreußen (und vielleicht Oberösterreich) und das große Eisenbahnmateriale, das an Polen gegeben wurde. Frankreich hat sich das alleinige Recht genommen, die Wasserkräfte des Rheins auszunutzen, wozu ihm sogar das nötige Gelände rechts des Rheins überlassen werden mußte. Tausende von französischen Agenten haben auf Deutschlands Kosten das Reich durchsucht, um Betriebsrichtungen, Maschinen, Pferde usw., die aus den feindlichen Ländern nach Deutschland gebracht sein sollten, aufzuspüren. Außer den beschlagnahmten und zurückergebenen Sachen müssen dafür 2 Milliarden bezahlt werden, das Vielfache von dem, was je nach Deutschland während des Kriegs gebracht sein konnte. Nicht gerechnet werden die 900000 Küchliche, die Pferde, Schweine, Schafe, Hiegen usw., nicht gerechnet werden die Hunderte von Millionen Goldmark, die das Reich den Angehörigen der feindlichen Staaten für beschlagnahmtes Eigentum während des Kriegs gewährt und die es zur Anlegung von Straßen, Brücken, Elektrizitätsanlagen usw. in Feindesland aufgewendet hat. Und die Leistungen für die Belagerungen, die zahllosen Kommissionen, die Bauten, Übungsplätze usw., die schon 20 1/2 Milliarden verschlungen haben — kein Wortchen darüber war in Paris zu hören. Und doch ist diese Vorkostung Deutschlands, ganz niedergerechnet, auf mindestens 250 Milliarden Goldmark zu veranschlagen.

Zu alledem verlangt nun der Verband eine Entschädigung von 268 Milliarden Goldmark neben der Ausfuhrsteuer, ein Betrag, zu dem je 20 Deutsche vom Säugling bis zum Greis während der nächsten 42 Jahre eine Million Goldmark aufzubringen hätten, und die Gesamtleistung Deutschlands einschließlich der schon dahingegangenen 250 Milliarden Goldmark würde nach heutigem Geldstand den Wert von 5 1/2 Billionen Mark erreichen. Diese Last muß man sich gegenwärtigen, wenn man die Pariser Forderungen recht verstehen will. Sie sind ein reiner Schwindel, auch dem französischen Volk gegenüber, das man bezahnen zu können glaubt, wenn man ihm märchenhafte Reichtümer vormacht. Selbst wenn Deutschland, das im Jahr 1920 einen Fehlbetrag von 80 Milliarden Mark in seinem Reichshaushalt hat, die ersten Zahlungen fertig brächte, es wäre auf ein Jahrhundert, vielleicht für immer wirtschaftlich geknickt. Was das bedeutet, erzieht man aus der allgemeinen Geschäftsnotung in der ganzen Welt, der der alte solide Käufer, das 70 Millionen Volk der Deutschen fehlt. Diese Wirtschaftskrise müßte sich verschärfen und um so weiter greifen, je tiefer Deutsch-

land sinkt und je würde gerade die Völker der Verbandsstaaten am schwersten treffen. Denn es gehört kein besonderer Scharfblick dazu, um zu erkennen, daß von den deutschen Milliarden die Bevölkerung der feindlichen Länder kaum einen Pfennig bekäme, ihr bliebe nur die Arbeitslosigkeit und die Not; das Geld würde in die Stahlwerke der Hochfinanz der Entente und in die Beutel ihrer Schergen fließen, die seit Ausbruch des Kriegs schon Milliarden und aber Milliarden angezogen haben. Das Pariser Abkommen läuft also im Grunde nach seiner finanziellen Seite wieder auf einen ungeheuren Beutezug des feindlichen Großkapitals hinaus.

Was wird nun Deutschland tun? Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hat im Reichstag in Uebereinstimmung mit dem ganzen Reichskabinett, nüchtern und trocken, aber darum doch entschieden und nicht mißverständlich erklärt, daß die Forderungen des Verbandes undurchführbar und unannehmbar seien, daß sie auch als Grundlage für weitere Verhandlungen nicht geeignet seien. Und der ganze Reichstag ist ihm darin beigetreten. Die Fraktionen von der Rechten bis zur äußersten Linken lehnten in Erklärungen das Pariser Abkommen ab oder weniger entschieden ab. Die Reichsregierung weiß also den Reichstag geschlossen hinter sich, wenn sie dem Anfinnen des Obersten Rates ein Nein entgegenstellt. Ein Versuch, der Regierungskoalition durch Beiziehung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten eine breitere Grundlage zu geben, ist zwar vorläufig gescheitert, doch haben sich die Deutschnationalen wieder eines und deren besonnen und sie sind zu entscheidenden Verhandlungen bereit. Die Sozialdemokratie bleibt bei ihrer Ablehnung. Schließlich kommt es aber auf die äußere Form weniger an; in der Sache ist an der Mitwirkung der beiden Parteien nicht zu zweifeln, nachdem der Führer der Deutschnationalen Abg. Fergt erklärt hat, die Fraktion werde jede Regierung unterstützen, die den „Vorschlägen“ der Pariser Konferenz entschlossen und ohne Wanken entgegenrete, und nachdem der Abg. Müller-Franken im Namen der Sozialdemokraten versichert hat, es werde sich keine Regierung in Deutschland finden, die das Pariser Abkommen annehme. Damit ist jeder Spekulation des Verbandes auf einen etwaigen Regierungswechsel im Reich, mit dem er in seinem mangelhaften Verständnis für die deutsche Volkseele gerechnet zu haben scheint, der Boden entzogen. Der Regierungsbund im Reichstag ist zwar noch die Minderheit, aber in Fragen, die an das Dasein und die Ehre der Nation greifen, bedarf es keines Parteibunds, das ganze Volk bildet einen einzigen großen Bund, der fest hinter der Regierung steht, wie in den Tagen des August 1914. Wenn solche Tage und Zeiten im Leben des deutschen Volks leider nicht allzu häufig sind, so gebietet dem Obersten Rat und seinen Leuten das Verdienst, die Deutschen von dem Rhein bis an den Welt wieder einmütig gemacht zu haben. Wie der Reichstag, so haben, zum Teil in noch schärferer Form, alle Landtage im Reich, soweit sie zurzeit versammelt sind, gegen den schmachvollen Erbverleugungsversuch zornigen Protest erhoben. Städte und Landgemeinden, Versammlungen und Verbände, alle Schichten der Bevölkerung bringen ihre Empörung allerorten zum Ausdruck. Mit ganz wenigen beklagenswerten Ausnahmen ist die deutsche Presse einzig in der schärfsten Beurteilung und Ablehnung.

Das ist auf feindlicher Seite nicht erwartet worden. Die englischen Zeitungen, die von der hochenden Volkseele in Deutschland mit einiger Ueberraschung Kenntnis nehmen, meinen, Deutschland werde doch noch „Verlust annehmen“, d. h. sich dem Diktat von Paris bedingungslos unterwerfen, denn die „Sanktionen“ seien derart, daß sie noch größeres Leid bringen könnten. Man versucht also wieder einmal die Deutschen durch Drohungen einzuschüchtern. Aber diesmal wird es dem Verband wohl nicht gelingen. Die Reichsregierung kann nicht unterschreiben, was nicht nur im Gegenwärtigen, sondern auch das kommende und vielleicht noch das übernächste und weitere Geschlechter in die schwersten Fesseln entehrender und maranhender Knechtschaft schlagen soll. Hier gibt es nur ein Nein jetzt und für alle Zeit. Wohl haben wir keine Waffen mehr, aber wir wollen und dürfen nicht auch noch die deutsche Ehre drängen, wir dürfen vor allem nicht unserer Kinder und Kindeskinder Erbschaft auf Spiel setzen, daß sie uns dereinst fluchen, weil wir nicht den Mut gehabt haben, nein zu sagen und fest zu bleiben, um vermeintlich „Strafen“ zu entgehen, die doch kommen werden, wenn sie überhaupt ausführbar sind.

Der Oberste Rat will nun, um nicht aus der Rolle zu fallen, das Spiel der Konferenzen fortsetzen. Die im Dezember v. J. unterbrochene „Sachverständigenkonferenz“ in Brüssel soll wieder aufgenommen werden. Sie ist eine bloße Formsache, hat also für Deutschland gar keinen Zweck. Man hat anzunehmen vernommen, daß die Reichsregierung auf die Brüsseler Konferenz verzichtet hat. Bleibt noch die Konferenz in London, die Ende dieses Monats stattfinden soll. Deutsche Minister sollen eingeladen werden. Nach der Haras-Agentur hat aber die Pariser Konferenz ein zweites geheimes Abkommen getroffen, das die Teilnehmer der Pariser Konferenz, nämlich Frankreich, England, Belgien, Italien und Japan, verpflichtet, auf der Londoner Konferenz keine andere Haltung einzunehmen, als sie in Paris verbrieft und versiegelt wurde; es bleibt also bei den Pariser „Vorschlägen“ und die „Vorschläge“ sind im Voraus insgeheim zu „Beschließen“ erhoben. Die Reichsregierung wird nun durch Verhandlungen feststellen, ob der Oberste Rat sich in Paris wirklich auf die „Vorschläge“ festgenagelt hat, auf Grund deren, wie Minister Simons im Reichstag namens der Reichsregierung erklärte, Deutschland nicht verhandeln kann. Sie ist entschlossen, den Forderungen des Verbandes jeden möglichen Widerstand entgegenzustellen. Durch ein genaues, tatsächliches Beweismaterial, das man gegenwärtig in den verschiedenen Reichsministerien zusammenstellt, wird zahlenmäßig in den Gegenwärtigen belegt werden, was von Deutschland im äußersten Fall in den 30 Jahren, auf die der Wortlaut des Friedensvertrags die Verpflichtungen beschränkt, aufgebracht werden kann. Was darüber hinausgeht, müßte als der absichtlichen Zugrundelegung Deutschlands während verstanden werden.

Dabei erhebt sich allerdings noch die Frage, wie die Neutralen, vor allem die Vereinigten Staaten, die Abwägung ihres wertvollsten Geschäftskunden hanteln werden. Wilson hat seinerzeit gesagt, die jetzige deutsche Generation soll leiden, 30 Jahre lang, aber sein gutes Herz sieht es nicht gern, daß der Verband auch noch die zweite Generation auf, in das Wilsonsche Fegefeuer hereinbezogen wissen will. Doch die würde der neue Präsident Harding zu der schweren Schädigung der amerikanischen Interessen sich setzen? Das scheint auch dem Verband noch eine offene Frage zu sein, darum soll der Erbverleugungsvertrag jetzt zum Abschluß kommen, bevor Harding im Mai den Präsidentensitz bestigt. — Darum haben aber auch wir das Interesse, daß die Angelegenheit mindestens nicht überholt wird. Amerika wird uns zuliebe keinen Finger rühren — trotz der rühmlichen Betätigung der Nächstenliebe eines Hoover und der Qualität — aber es wird auf die Wahrung seiner eigenen Interessen bedacht sein und dazu hat es nicht nur das Recht, sondern auch die Macht.

Die übliche Drohung.

Berlin, 6. Febr. Den Truppen im besetzten Gebiet wird kein Urlaub mehr gegeben. Den Zeitungen in Straßburg und Kolmar wurde verboten, Nachrichten über Truppenverchiebungen zu veröffentlichen. Schwarze Truppen sind im besetzten Gebiet wieder eingetroffen.

Der deutsche Botschafter bei Briand.

Paris, 6. Febr. Der deutsche Botschafter Dr. Mayer teilte dem Ministerpräsidenten Briand mit, daß die Reichsregierung gegen das Pariser Abkommen Einspruch erhebe. Er hat uns eine Erklärung, ob das Abkommen die Grundlage für die Londoner Konferenz bilden werde. Briand wird die Anfrage schriftlich beantworten.

Das Pariser Abkommen in der französischen Kammer.

Paris, 6. Febr. In der Kammer griff Lardieu das Vergehen der Pariser Konferenz scharf an, weil es zu milde gewesen sei. Es sei erwiesen, daß Deutschland imstande sei, alle Bedingungen des Friedensvertrags zu erfüllen. Man hätte ein allgemeines Pfand auf den gesamten Besitz Deutschlands legen sollen. Die Konferenz sei überstürzt gewesen und müsse noch einmal aufgenommen werden.

Neues vom Tage.

Erweiterung des Regierungsblocks.

Berlin, 6. Febr. Gegenüber der Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, in den Block der Regierungsparteien einzutreten, vertreten die drei Regierungsparteien (Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei) den Standpunkt, daß eine Erweiterung der Koalition nur in Frage kommen könne, wenn auch die Sozialdemokratie sich beteiligen würde, da eine Ausdehnung nur nach der rechten Seite vielleicht die gegenteilige Wirkung einer Verbreiterung der Regierungsbasis haben könnte.

Deutsche Arbeiter für Frankreich.

Paris, 6. Febr. Der Londoner Korrespondent des „Journal“ hatte eine Unterredung mit einem Londoner Finanzmann über die Verbesserung der französischen Saluta. Der Engländer sagte in bezug auf die Kriegsschulden der Verbündeten, diese Anleihen würden niemals zurückgezahlt. Das Geld, das man in Amerika geliehen habe, habe man nach Italien und viel auch nach Frankreich weitergegeben. Frankreich werde von Deutschland Wiederherstellung, aber keine Kriegsschädigung erlangen, außer wenn Frankreich sich mit Papiergeld begnüge. Die Frage des Franzosen, ob man dieses Papier in den Vereinigten Staaten verkaufen könne, beantwortete der Londoner mit der Frage: Wegen was? Diese Sache sei unpraktisch. Jedes Land müsse seinen Anleihen Lebenswohl sagen, und sogar die Zahlung von Wiederherstellungen werde schwierig sein. Der Franzose erwiderte: Dann werden wir Farben, Kohlen und Kali und fabrikierte Waren nehmen. Der Londoner wollte die Kohlen allenfalls gelten lassen, erklärte aber, die Hauptsache sei doch, die zerstörten Häuser aufzubauen, hierfür brauche man Arbeitskräfte. Wenn man jetzt von Deutschland zuviel verlange, dann würde man ihm den größten Dienst erweisen. Die einzige Art, wie man es dazu bringen könne, das Uebel wieder gut zu machen, ohne die Zukunft in Frage zu stellen, sei, es zu zwingen, 300 000 Arbeiter auf seine Kosten nach Frankreich zu schicken.

Einladung zur Konferenz.

Berlin, 6. Febr. Der französische Botschafter Laurent hat dem Reichsminister Simons die Einladung zur Londoner Konferenz am 1. März übermittelt. Der Minister bezieht sich die Antwort vor.

Die Londoner Konferenz zwecklos.

London, 6. Febr. Der Pariser Berichterstatter der „Weltmeister Gazette“ schreibt zu der Pariser Konferenz, man müsse im Zweifel darüber sein, ob das Pariser Abkommen auch verbindlich sei. Besonders mit Bezug auf die Haltung Amerikas frage man sich, wie weit der Oberste Rat das Recht habe, eine Politik zu beschließen, die andere Nationen berühren kann, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben. In diesem Falle handle es sich darum, daß neutrale Länder und vor allem Amerika in gewissem Maß ihrer Handlungsfreiheit durch die Pläne des Obersten Rates beraubt werden, ohne befragt worden zu sein, ob sie einer solchen Politik zustimmen. Die Pariser Politiker beginnen einzusehen, daß mindestens in zweifacher Hinsicht amerikanische Interessen durch die Pariser Beschlüsse verletzt werden, erstens durch den Zoll auf die deutsche Ausfuhr und zweitens durch die Ueberwachung der deutschen Anleihen. In beiden Fällen haben die Staatsmänner den Friedensvertrag überschritten. Es ist klar, daß man durch die Befestigung der deutschen Ausfuhr einen Zoll auf die etwaige Einfuhr nach Amerika lege. Amerika wolle sich von den Verbündeten nicht verhindern lassen, mit Deutschland Handel zu treiben, wie ihm beliebt. Die Vereinigten Staaten wollten nicht gezwungen werden, die Schulden Deutschlands zu bezahlen, indem sie deutsche Waren um 12 Prozent teurer kaufen müssen. Eine endgültige Entscheidung könne so mit erst getroffen werden, wenn der neue amerikanische Präsident am 4. März sein Amt angetreten und seine Politik dargelegt habe. Daher werde die geplante Londoner Konferenz am 28. Februar vollkommen zwecklos sein. Harding werde Gelegenheit haben müssen, auf der Konferenz vertreten zu sein.

Ausflüchte.

Paris, 6. Febr. In einer halbamtlichen Note im „Temps“ und „Journal“ wird behauptet, der Entschädigungsplan des französischen Sachverständigen Seydoux in Brüssel (5 Teilzahlungen und darauf Festlegung der Gesamtentschädigung) sei an dem deutschen Widerpruch gescheitert, der sogar so weit gegangen sei, die obersteinständige Frage aufzuwerfen.

Dazu bemerkt W.D.: Die deutsche Reichsregierung hat sich dem Plan Seydoux nicht entgegengestellt, sich vielmehr bereit erklärt, darüber zu verhandeln. Aber die Verbündeten haben den Plan durch Annahme eines neuen Entschädigungsabkommens ohne weiteres beiläufig. Die gegenteilige Behauptung ist nichts als ein Verlegenheitsmandat.

Vermögensabgabe in England.

London, 6. Febr. Der Ausschuss der Arbeiterverbände schlägt ein Klotzsteuer von 4 Millionen Pfund Sterling vor, das zur Verbilligung der Lebenshaltung verwendet werden soll.

Der pfälzische Milchstreik.

Homburg v. S., 6. Febr. Der Milchstreik in der Westpfalz dauert an. Der Vorsitzende der Freien Bauernschaft bereift im Kraftwagen die Westpfalz, um die Bauern zum Ausbarken aufzumuntern. Vor dem Gelingen, in dem der Führer Hamm sich befindet, fand eine große Bauernkundgebung statt. Hamm wurde aber nicht freigegeben.

Kabinettswechsel in Athen.

Athen, 6. Febr. Das Kabinettswechsel ist zurückgetreten, das neue Kabinetts wird durch den Kriegsminister Gunnaris, den Führer der weitaus größten Partei, gebildet werden, der auch Griechenland auf der Londoner Konferenz vertreten wird. Gunnaris wollte nicht dulden, daß Kallias, der zum Verband abgewandert ist, nach London gehe.

Neuer meldet, der Kabinettswechsel habe in den leitenden Kreisen Englands einen ungünstigen Eindruck gemacht. (Gunnaris zeigte sich im Krieg als entschiedener Deutschfreund.)

Landtag.

Stuttgart, 4. Febr.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Landtags wurde die Beratung des Justizrats zu Ende geführt.

Abg. Bieder (D.V.) lehnte eine Annahme ab; er erklärte das Vorgehen des Amtsrichters Wieland-Ull als lahmlos.

Justizminister Holz gab ein erschöpfendes Bild über die Geschäftsverwaltung seines Ministeriums. Auch die Affäre Wieland wurde beleuchtet. Nach den Erhebungen des Landgerichtspräsidenten ist zu einem disziplinarischen Vorgehen kein Anlaß. Eine Annahme darf nicht erlassen werden, die Todesstrafe bleibt bestehen. Nach Todesurteile sind in Württemberg noch unerledigt.

Abg. Hausmann (D.V.) anerkannte die verdienstvolle Tätigkeit des Justizministers an, und brachte einige Wünsche vor. Abg. Bock (Z.) wandte sich gegen die Vorsehung der Abtreibungsparagraphen.

Bei der Abstimmung wurden die Sonderentwürfe der Unabhängigen, die eine politische Annahme, die Vermehrung der Lehrstellen und die Streckung der Stellen der Hausgeistlichen an den Straßanstalten verlangten, abgelehnt und dem Etat der Justizverwaltung mit einem Aufwande von 53 Millionen Mk. von den bürgerlichen Parteien zugestimmt.

Stuttgart, 5. Febr.

(10. Sitzung.) Haushalt des Ministeriums des Innern. Abg. Tatz (D.V.) bemängelt die Zusammenlegung der Oberämter, besonders die Aufhebung der Kreisregierungen. Es sei eine Schande, daß man im Schwabenland überhaupt ein Fabrikverbot nötig habe. Die Sicherungen der auf Zeit gewählten Ortsvorsteher bezeichnet der Abgeordnete als ungenügend.

Abg. Stettner (Komm.) warf dem Minister Graf Hausnechtsdienste für das Unternehmertum vor (erster Ordnungsruf). Es stehe überhaupt sonderbar um gegebene Ehrenworte des Ministers (zweiter Ordnungsruf) und Androhung der Wortentscheidung durch Befragen des Hauses. Redner klagt über eine allgemeine Deliquenz gegen die Kommunisten im Polizeibereich Württemberg, empfahl dem Minister die Anstellung eines Vermerkers für seine Presseabteilung und meldete, die Minister hätten sich einen Dreck um die Gesetze, wenn es gegen die Kommunisten gehe (dritter Ordnungsruf). Abg. Müller (Komm.) beschuldigte den Präsidenten Walter, daß er den Wünschen des Ministers folge (Ordnungsruf). (Abg. Eisenbahnsekretär Moier (Komm.) ruft Paul Teufel — Ordnungsruf.) Müller erhebt sich in mehreren Ausfällen (Androhung der Entfernung aus dem Saale). Schließlich führte Stettner seine Rede zu Ende, indem er nach der Auflösung der Stimmzettel fragte und eine Verminderung der Räte in den Ministerien sowie Verlängerung der Stuttgarter Polizeistunde auf 1 Uhr wünschte.

Der Präsident hatte das Haus gefragt, ob es Stettner weiter hören wolle, und die Sozialdemokraten und die Demokraten hatten sich dazu bereit erklärt. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Mos (S.) unterstützte Abg. Henmann (S.) die Anfragen der Kommunisten, wie deren Antrag auf sofortige Aufhebung des § 30b des Polizeistrafgesetzes, wonach der Ausnahmezustand verhängt werden kann.

Der Antrag wird dem Ausschuss für innere Verwaltung überwiesen.

Abg. Hegler (U.S.P.): Wenn irgendwo ein Mann nicht am richtigen Platz ist, so ist es der Minister des Innern. Dort wird eine Wirtschaft getrieben, es herrschen Zustände, die zum Himmel schreien.

Dann setzte sich Minister Graf mit seinen Gegnern auseinander. Die Kommunisten sollen Gesetz und Ordnung achten dann könne man an der Polizei sparen. Die Zusammenlegung der Oberämter sei nicht die wichtigste Frage, erst müsse man ihre Geschäftslast nach Aufhebung der Kreisregierungen übersehen. Auch die Aufhebung der Kommunalverbände präferiere nicht, unerträglich sei es, daß die Gemeindebeamten jetzt sicher gestellt werden, während die Ortsvorsteher in ihrer alten Unsicherheit verbleiben müssen.

Abg. Scheel (D.V.) forderte Stärkung der staatlichen Autorität und die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichtshofs in Stuttgart.

Nach einer weiteren Bemerkung von Pflüger (S.) wird Kap. 13 samt den Ausschussentscheidungen über die Verrohung der Jugend gegen U.S.P. und K.P.D. angenommen, desgleichen nach kurzer Debatte Kap. 14 (Bezirksverwaltung). Schließlich verlegte sich das Haus, wobei nach einer Geschäftsordnungsdebatte beschlossen wurde die nächste Sitzung Dienstag vormittags 9 Uhr abzuhalten.

Aus Stadt und Land.

Mittelstadt, 7. Februar 1921.

* Die Konfirmation. Das Ev. Konsistorium hat bestimmt, daß das Gedächtnis an den Tag von Worms, 18. April 1521, im Vormittagsgottesdienst vom 17. April gefeiert werden soll. Mit Rücksicht auf das Konfirmationsabendmahl hat der bisige Kirchengemeinderat entsprechend der Anregung des Ev. Konsistoriums beschlossen, die heutige Konfirmation schon am 3. April zu halten.

— Trauertag. Als nationaler Trauertag für die im Weltkrieg Gefallenen ist der erste Sonntag im März, in diesem Jahr also der 6. März, in Aussicht genommen. Sämtliche bürgerliche Parteien sind mit diesem Vorschlag einverstanden. Die sozialdemokratische Partei ist grundsätzlich mit der Einrichtung eines nationalen Trauertages einverstanden, hat aber noch einige Bedenken wegen des Tages. Die unabhängige und die kommunistische Partei lehnen einen nationalen Trauertag ab.

— Vom Gopfenhandel. Die tschechoslowakische Regierung unterhandelt mit der deutschen Reichsregierung wegen der Aufhebung des deutschen Einfuhrverbots für böhmischen Gopfen. Es wird behauptet, von deutschen Brauereien liegen zahlreiche Bestellungen bei Gändlern in Böhmen vor.

— Der Bauer zahlt. Im württ. Regierungsbüro wird die Umlage für die Seuchenschäden ausgeschrieben 100 Mark sind auf jedes Stück des Viehbestandes als Beitrag zu bezahlen. Daraus geht hervor, daß die Seuchenschäden durchaus von der Landwirtschaft allein getragen werden müssen.

* Gatterbach, 7. Febr. (Stadtschultheißenwahl.) An Stelle des zurückgetretenen Stadtschultheißen Krauß wurde bei der gestern hier stattgefundenen Wahl Stadt schultheißenamtlicher Herr Hartz aus Freudenstadt mit 352 Stimmen zum Stadtschultheißen gewählt. Stadtschultheißenamtlicher Herr Argem-Wildbad erhielt 152 Stimmen. Die sonstigen Bewerber waren zurückgetreten.

Palzgrafenweiler. Am 2. Februar hielt der landw. Bezirksverein Freudenstadt seine diesjährige Hauptversammlung im Schwann hier ab. Landwirt Braun Schoploch begrüßte die zahlreich erschienenen und eröffnete die Versammlung. Herr Oberamtmann Rah Freudenstadt gab eine Uebersicht über die Ertragsverhältnisse und den Ausblick, daß wir infolge Salutaverbesserung mit einer allerdings kleinen Reserve ins neue Jahr treten könnten. Er sprach eine gemeinschaftl. logische Durchsicherung der Zwangswirtschaft mit Rücksicht auf den Landwirt und seine Arbeit. Die Regierung suche unter allen Umständen eine Verteuerung zu vermeiden und müsse deshalb auf die Preise drücken. Das sei der Fehlerlag: 1913 sei die Ernte 4 Mill. Stück gewesen. Diese Ernte könne aber durch gesteigerte Eigenproduktion nicht annähernd gedeckt werden. Die Ernte ungenügend lassen können nur gefunden durch gesteigerte Hochstöße beim Nahrungsmittelaufbau und deren Konkurrenzverlängerung. Die Landwirtschaft müsse als wichtiges Organ im Staatsleben im eigenen Interesse sich bemühen, ihn gesund zu lassen. Ihn bestreben, alle Volksteile zufriedenzustellen, verdienen Anerkennung. Die nächsten schwerwiegenden Beschlüsse der Amtsvorversammlung in Gorb über das Herabsetzung der Weizenpreise besonders der landw. Bevölkerung zugute kommen. Landwirt Braun Schoploch gab einen kulturellen und geschäftlichen Rückblick über das Jahr 1920 und die Vereinstätigkeit in demselben: Beiträge, Saatverwertung, Presseausgaben. Der Vorsitz, schwer geschädigte Viehhaltung durch Beiträge zu unterstützen, wurde zu Debatte gestellt. Landwirtschaftssekretär Holz Hoto hielt in anspruchsvoller, wohlwollender Weise Vortrag über die Steigerung der Produktion aus der heimischen Scholle durch zweckmäßige Anwendung von Kunstdünger, besonders der während des Krieges erfundenen Stickstoffdünger aus der Last. Die einzige Gefahr für die erfolgreiche Kunstdüngung bilde der Landwirt selber dadurch, daß er nicht alle Bodenbedingungen und Bodenstände kenne, die erstere erfordert. Eine Kenntnis sei auch heute noch vorhanden, doch sei dazu die wissenschaftliche Erziehung des Landwirts nötig. Redner forderte noch zur Bildung von Disanderbauauschüssen auf, die Mitglieder zur Teilnahme an Pflanzenausstellungen bestimmen. Zum Schluß sprach noch Dr. Grammel über Aufzucht der Zwangswirtschaft. Er führte aus, daß die Zwangswirtschaft aus Sittlichkeitsgründen abzuschaffen sei; es sei vorgekommen, daß selbst die Weizenernte das Recht abgeschrieben. Für etwa 20 Millionen Menschen müssen Getreide, Milch, Eier eingeführt werden. Die herrschende Unzufriedenheit komme auch daher, daß an Stelle nationalökonomischer und kaufmännischer geschulter Hochleute ungeschulte und unpraktische Menschen gestanden haben. Wohl muß die Wirtschaftung von Getreide und Milch noch länger beibehalten werden, jedoch in anderer Form. In der Milchfrage soll bald eine Änderung getroffen werden. Mit einer kurzen Erörterung der Steuerfrage und der praktischen Auswirkung des Nationalökonomers schloß der Redner.

Gorb, 5. Febr. Die heutige Versammlung der vier Amtsvorstellungen der Bezirke Freudenstadt, Gorb, Sulz und Oberndorf hat einstimmig die Aufhebung des Baureits I vom Heimbachkraftwerk beschlossen.

Freudenstadt, 5. Febr. In der gestern stattgefundenen Vorstandssitzung ist Obersekretär Otto Zimmermann dem Oberamt hier zum Beauftragten der Allgemeinen O. fest entlassen gewählt worden. Derselbe wird nun um seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachsuchen, um sein neues Amt auf 1. April d. Jg. übernehmen zu können.

Vom unteren Margtal, 4. Febr. Um hundert Jahre zurückgeht man sich seit der Einsetzung des Autoverkehrs Kisterreichenbach — Schömünz — Altmünz. Hat doch schon vor etwa 70 Jahren 3-maliger Postwagenverkehr zwischen Freudenstadt — Bernsbach u. a. das Margtal bestanden. Auch die Postverbindung ist eingestell. Wer also in Gorbach ein Paket nach Freudenstadt aufgeben will, hat dasselbe aufs Postamt nach Schömünz zu tragen, von da aus es die Rundfahrt über Rastatt, Ahe n. Offenburg usw. macht. Wer ein Paket zu bekommen hat, e hält vom Postamt eine Benachrichtigung, daß er dasselbe auf dem Postamt abholen kann. Den Brief und Briefungsverkehr von Schömünz — Kisterreichenbach u. a. wird vermittelt eine alte Frau und ein Kriegsveteran von 1870/71 auf Handwagen je halbwöchentlich einmal täglich. Or.

Galw, 7. Febr. (Eisenbahnwünsche.) Au ein Besuch von Hofler Ziegler zum Waldhorn b. treffs einer b. feren Zugverbindung von Pforzheim nach Gorb und umgekehrt wüchste der Gemeinderat eine dringende Einjabe an die Eisenbahndirektion um Erfüllung eines notwendigen Eisenbahnverkehrs für die Bewohner des Nagoldtales.

Schramberg, 4. Febr. Obermals ist ein neues Kraftwerkprojekt in dem Bezirk Oberndorf angekommen. Der Plan geht dahin, die Wasser des Lauterbachs und des Sulzbachs bei Lauterbach durch einen Staumwehr dazwischen zusammen und sie mittels eines Bergstollens nach dem Schilchtale zu leiten. Eine Abzweigung mit hohem Gefälle soll das Wasser auf das Krafthaus in der Nähe des fädt. Gaswerks bringen. Der Stollen hätte eine Länge von nur 1700 Meter. Die Kosten würden mit 26 Mill. Mark berechnet, die Kilowattstunde Strompreis auf 26 Pfennig.

Schramberg, 6. Febr. (Unterjochung.) Der Lehrling Hajner bei der Firma Wolber Söhne hier hat im Lauf des Jahres die Summe von 40 000 Mark unterschlagen, indem er zeitweise bei der Gewerkschaft für die Firma Beträge von 1000-3000 Mk. abhol und für sich verwendete. Er wurde verhaftet.

Stuttgart, 6. Febr. (Aufruf.) Die Fraktion des Württ. Bauernbundes und der Bürgerpartei erläßt folgenden Aufruf: Durch das Pariser Diktat ist die Lage unseres Volkes geradezu furchtbar geworden. Trotzdem geben sich weite Kreise anscheinend in vollständiger Verleugnung unserer Lage gegenwärtig dem Karnevalstreiben hin. Wir halten dieses Gebahren für unerbittlich und bitten alle Kreise unseres Volkes dringend, aus Gründen der Selbstachtung sich von allen herabwürdigen Veranstaltungen fernzuhalten.

Die Württ. Frauenvereine und -bünde erlassen eine öffentliche Aufforderung an die Bevölkerung, sich vom Faschingsvergnügen zurückzuhalten. Die Vereine ersuchen das Ministerium des Innern, alle Faschingsveranstaltungen zu verbieten, wie dies in Bayern geschehen ist.

Die Handelskammer Stuttgart hat der württ. Staatsregierung nahe gelegt, sie möge bei den bevorstehenden Verhandlungen der einzelstaatlichen Regierungen mit der Reichsregierung in Berlin mit ganz besonderem Nachdruck auf die ruindenden Wirkungen hinweisen, die die württembergische weiterverarbeitende Industrie als hervorragende Qualitäts- und Exportindustrie bei Aufrechterhaltung einer Sonderbelastung des Exports erleiden müsse.

Stuttgart, 6. Febr. (Unterjochung.) Der Geschäftsführer des Lebensmittelamts Obertürkheim, der 31jährige Kaufmann Karl Nießer aus Schorndorf, hat durch Fälschungen in den Bädern 135 000 Mk. auf die Seite gebracht, die er in schlechter Gesellschaft verpraschte. Schließlich entfloh er mit der Kellnerin Elisabeth Millt nach Mannheim und von dort nach Hamburg, wo er verhaftet wurde. Man fand bei ihm noch 28 000 Mark. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Die Millt wurde freigesprochen.

Heilbronn, 6. Febr. (Hochschulkonferenz.) Die in Meiningen Ende Januar aufgenommenen Verhandlungen des Verbands der deutschen Hochschulen werden gegenwärtig auf dem hiesigen Rathaus weitergeführt. Es ist eine unverbindliche Aussprache, deren Inhalt zunächst nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist.

Uwangen, 6. Febr. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat erklärte den vom Bezirksrat festgesetzten Eierhöchpreis von 1.20 Mk. für zu hoch und hat einen Erzeugerpreis von 80 Pfg. für angemessen erklärt. Der Gemeinderat regte an, daß durch den Jagststädtertag die übrigen Städtetage veranlaßt werden, 6 im Ernährungsministerium dahin zu wirken, daß für das ganze Land ein Erzeugerpreis von 80 Pfa. festgesetzt wird.

Waldenbuch, 6. Febr. (Reichsgründungsfeier.) Der schwäbische Wingolf — die Stuttgarter und Tübingen Klüben mit dem Philisterverband — hat unter dem Präsidium des Stuttgarter Wingolf am letzten Sonntag durch eine Konvention in Waldenbuch den Gedenktag der Reichsgründungsfeier festlich begangen. Die öffentliche Feier im alten Schloßhof sowie der Kommerz mit Treuschwur fanden im Zeichen der alten Winaolideale: Christentum und Vaterland.

Letzte Nachrichten.

WZB. Berlin, 6. Febr. Die Morgenblätter melden: Reichspräsident Ebert ist an Grippe erkrankt. Die für die nächsten Tage bei ihm anberaumten Empfänge sind daher abgesagt worden.

WZB. Berlin, 6. Febr. Nach dem „Perliner Lokalspiegel“ haben polnische Banditen, die auf der Chaussee bei Schwabmühl in Oberschlesien einem aus Gleiwitz erwarteten Automobil mit heimattreuen Oberschleslern aufauerten, Handgranaten auf den vorbeifahrenden Kraftwagen geworfen, in dem sich der französische Reisekontrollleur befand. Die französischen Insassen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

WZB. Berlin, 6. Febr. Die Blätter melden, erklärte der Reichsminister Dr. Hermes gestern in einer Rede in der Hamburger Handelskammer, daß die freie Wirtschaft das unerrückbare Ziel seiner Politik sei. Grundsätzlich müsse er den Plan eines Einfuhrmonopols ablehnen. An einen Abbau der Zuckerschwangswirtschaft sei zur Zeit nicht zu denken.

WZB. Berlin, 6. Febr. Wie mehrere Blätter melden, sind die dieser Tage zwischen Vertretern der französischen und der deutschen Regierung wegen Lieferung von Saarkohle nach Süddeutschland gegen Austausch von Ruhrkohle in Berlin geführten Verhandlungen ergebnislos verlaufen.

WZB. Paris, 6. Febr. Brüssel richtete heute Vormittag durch die „Chicago Tribune“ an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung in der Reparationsfrage. Frankreich werde sich nicht verwehren an das Solidaritätsgefühl Amerikas wenden. Die Einigkeit aller Nationen, die auf den Schlachtfeldern für die Sache der Freiheit gekämpft hätten, sei unerläßlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, deren man jetzt gegenübergestellt sei. In Frankreich sei man der amerikanischen Freundschaft sicher, die sich im Laufe von Jahrhunderten bewährt habe. Die beiden Regierungen würden sicher von der öffentlichen Meinung in beiden Ländern unterstützt werden.

WZB. Nürnberg, 5. Febr. Nach Beendigung einer von den bürgerlichen Parteien abgehaltenen zahlreich besuchten Protestversammlung gegen die Pariser Beschlüsse zogen etwa 150 Demonstranten vor das Hotel, in dem sich vorübergehend eine belgische Urbernahmungskommission aufhält. Es

wurden Ansprachen gehalten und vaterländische Lieder gesungen. Die Geschäftsleitung des Hotels ließ, als die Menge durch hinzukommende Neugierige immer mehr anwuchs, die schwarz-weiß-rote Fahne hissen, um auf die vor dem Hotel Versammelten beruhigend einzuwirken. Die Menge vertiefte sich alsbald wieder, ohne daß Ruhe und Ordnung gestört worden waren.

WZB. Paris, 6. Februar. „Humanite“ meldet, daß 18000 Soldaten der Armee Draxels in die Fremdenlegion eingetreten seien und verlangt darüber Aufklärung von Briand.

WZB. Paris, 7. Febr. Der „Temps“ sagt in seinem gefrigen Leitartikel, der englische Premierminister habe sich folgende Verhaltensmaßregeln gesetzt: Die deutschen Gegenanschläge können von der Londoner Konferenz geprüft werden, wenn sie den Gläubigern Deutschlands mindestens die gleichen Vorteile sichern wie die, die das Abkommen vom 29. Januar festlegte.

WZB. Paris, 6. Febr. Gestern Abend ist im Namen der französischen und der polnischen Regierung vor der Abreise Pilsudskis folgende gemeinsame Erklärung durch Javoz verbreitet worden: Die Regierungen von Frankreich u. Polen haben, gleichmäßig besorgt um ihre eigene Sicherheit und um den Frieden von Europa, abermals die Gemeinsamkeit der Interessen, wie sie beide Länder vereinen, anerkannt. Sie sind übereingekommen, ihren Willen kundzugeben, ihre Anstrengungen zu vereinen und zu diesem Zweck für die Verteidigung ihrer höheren Interessen in enger Fühlung zueinander zu bleiben.

WZB. Berlin, 6. Febr. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier veranstalteten heute Vormittag im Lustgarten eine große Kundgebung für ihre Heimat und gegen den polnischen Terrorismus. An der Kundgebung nahmen etwa 30 000 Personen beiderlei Geschlechts teil. Vor den verschiedenen Pöhlen im Lustgarten sprachen Vertreter aller politischen Parteien. Es wurde eine Resolution angenommen, die mit einem Treuegelöbnis an die alte Heimat schloß.

WZB. München, 6. Febr. Heute Mittag fand auf dem Odeon-Platz vor der Feldherrnhalle eine Protestversammlung gegen die Ententeorderungen statt. Etwa 20 000 Menschen standen dichtgedrängt und lauschten der Ansprache des Obersten Rylander, der mit den Worten schloß: Lieber sterben, als als Sklaven der Entente verderben! Nach Abkündigung des Deutschland Liedes und der Wacht am Rhein bildeten sich zwei Demonstrationssäule, die zum Hotel Vier Jahreszeiten, dem Quartier der Ententemissionen, sich begaben, wo sie vaterländische Lieder sangen, um sich dann aufzulösen.

Auch in Hamburg und Bremen fanden große Protestkundgebungen gegen das Pariser Erdrosselungsdiiktat statt. Während der Veranstaltung in Hamburg läuteten die Kirchenglocken im Bereich der ganzen Stadt.

Druck und der Verlag B. Neuler'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lang.

Altensteig.

Grosse Preissermässigung

auf alle Kleiderstoffe, Anzugstoffe, Kleider- u. Schurzzeug, B'wollflanelle, Schirtings, Aussteuer-Artikel, Hemden, Schürzen, Strümpfe, Wollgame.

Chr. Krauss.

Alfred Pfeiffer

Baumaterialien-Handlung
Tel. 97 Calw (Wttbg.) Tel. 97

empfiehlt bei billigster Berechnung waggonweise oder ab Lager:

Falzziegel, Biberschwänze, Meter- und Raminsteine, Schwemm- u. Schlackensteine, Portlandzement, Schwarzkalk, Baugyps, Rotmassen, la Steinzeug- und Zementröhren, Wassersteingarnituren in Zement und Terrazzo, Wand- und Bodenplatten, Trottoirplatten, la Dachpappe, Ceerkorden, Carbolinum, Kosmos, sowie alle sonstigen Bauwaren. Ausführung von Boden- und Wandbelägen.

Durrweiler.

Verkauf 2 erstklassige

Läufer Schweine

unter 4 die Wahl.



Fr. Koch.



EIN
GEWALTIGES
PLUS

Ihres Umsatzes erzielen Sie durch die Reklame in unserer Schwarzw. Tageszeitung Aus den Tannen!

Gestorbene:
Hottelben: Jakob Schäble,
Wagner, 73 J.
Klosterreichenbach: Friedrich
Wolfer sen.

Altensteig.



5fte. Kieler Büchlinge

sind eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Mädchen- Gesuch.

Zu alsbaldigem Eintritt suche ich für Küche u. Haushaltung ein ordentliches Mädchen bei hohem Lohn.
Bad Teinach, 5. Febr. 1921.

Franz Roter Franz.

Beuren.

1 Paar Reittiefel

bereits neu, hat im Auftrag zu verkaufen
Georg Reppler, Schuhm.

Altensteig.

Kaufe
wieder

Altpapier

und zahle die höchsten Tagespreise

W. Kohler
Buchbinder.

Bezirks-Fürsorgestelle

der Kriegbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge
Magold.

Sprechstunden im Rathaus in Altensteig am
Mittwoch, den 9. Febr. vormittags 9-12 Uhr
nachmittags 2-5 Uhr.
Rieger.

Landwirtschaftl. Bezirksverein Magold.

Der Landwirtschaftsinspektor Haack-Calm wird in folgenden Bezirken über

„Steigerung der landw. Erzeugung“
sprechen:

Ehhausen
Dienstag, 8. Febr., nachm. 1 1/2 Uhr im Waldhorn
Altensteig
am Sonntag, 13. Febr., nachm. 2 Uhr im Gr. Baum
Haiberbach
am Donnerstag, 17. Febr., nachm. 1 Uhr im Baum.

Anschließend soll in jedem Ortsverein ein Ackerbauaus-
schuß gegründet werden, bestehend aus je einem Mitglied
für Pflanzenbau im allgemeinen und einem Mitglied für
Pflanzenbau im besonderen und Schädlingsbekämpfung.

Unsere Mitglieder werden zu diesen Vorträgen dringend
eingeladen und gebeten zahlreich zu erscheinen.
Ehhausen, den 4. Februar 1921. Kleiner.



Bienenzüchter- Berein.

Die Imker wollen mir im Laufe
der Woche ihre Bilkergahl und ihre
Verluste durch Dünge mitteilen.
Vorstand Rächle.

„DROGEROL“

ist das Beste für kranke und schwache Tiere,
bes. Schweine.

Paket ca. 2 Pfund Mk. 4.—, 10 Paket Mk. 35.—.
Nichts anderes nehmen!

Zu haben bei Chr. Burghard jr., Altensteig.

Saison-Räumungsverkauf.

Öffentliche Bekanntmachung der Firma Chr. Raaf Nachf. M. Schloß in Nagold.

Mein Saison-Räumungsverkauf, in welchem große Warenposten zu ganz erheblich herabgesetzten Preisen zum Verkauf gelangen, beginnt heute am Montag, den 7. Februar und dauert nur 14 Tage.

Es gelangen unter anderem zum Verkauf:

Hemdenflanell la Ware pr. m von Mk. 12.50 an		Konfirmationsstoffe, garantiert reine Wolle, tief schwarz la la Qualität per Meter nur 48. ⁰⁰ Mk.			
weiß Hemdentuch la " " " " " 13.50 "			reinwollene Cheviots, in verschiedenen Farben pr. m nur Mk. 48. ⁰⁰		
Unterrockflanell la " " " " " 14.80 "				Kleiderzeugle von Mk. 19.80 an	
Schürzenzeugle la " " " " " 19.80 "					Bettzeug, nur allerbeste Ware Meter Mk. 19.80.
blau Tuch la " " " " " 16.50 "					
farbige große Taschentücher pr. Stück " 3.95 "					
weiße Damen-Hemden besser Pelypique " " " " 49.00 "					

Hosenzeug, Sammtcord, fertige Hosen — Bettbarchent, Bettzeug zc. zc. alles weit unter Preis.

Chr. Raaf Nachf. M. Schloß in Nagold (neben Berg & Schmid)

Bruderhaus Bernack.

Dankfagung.



Für alle Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Jakob Wurster

für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers und den Gesang des Herrn Lehrers mit den Schülern danken herzlich

die trauernden Hinterbliebenen.

Grömbach, 6. Febr. 1921.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir beim Hinscheiden unserer lieben Gattin, Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Dorothea Hammann

geb. Großhans

erfahren durften, für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, die vielen Kranzspenden, die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Gaischer am Grabe und den erhebenden Gesang des Jungfrauenvereins sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Große Mobiliar-Versteigerung

Am Donnerstag, den 10. Februar, von vormittags 9 1/2 Uhr ab, werden im Hotel „Graf Eberhard“ zu Wildbad

etwa dreißig vollständige Betten mit Rohhaarmatratzen, Waschtische, Sofa, Spiegel, ein Klavier, Bilder, Schränke, Geschirr, Wirtschaftsstühle, Tische und sonstiges Mobiliar versteigert.

Preisabbau!

FLAMMER-SEIFE
ist billiger geworden

und ist heute dank ihrer verblüffenden Wasch-Kraft und ihres billigen Preises die

beste u. billigste Seife

für Wäsche und Haus!

Preis Mk. 4,- das Stück

Zwergenber.
Verkaufe 6 jähriger



Fuchs-
Wallach
lehterer
Schlag.

sowie 8 jähriger

Fuchswallach

mittelschwer, als Einspänner geeignet, unter jeder Last, evtl. Tauch gegen 2 jähriges Stutfohlen.

Joh. W. Reith, Gottf. S.

Ein größeres Quantum Rohuhl hat abzug. D.D.

Ein Paar noch gut erhaltene

Rohrstiefel

hat zu verkaufen

Gottfried Sany
Halmersreite 120.

Altensteig.

Fertige Ulmerpflüge



Pflugkörper
sowie Pflugteile

Paul Beck.

empfeht

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41.



empfeht

Ia. Vollreis

von der Stadt, das Pfd. Mk. 3.90
solange Vorrat.

!!

Schick' und Zwetschgä,
Reis und Rindla
Mellä's kommt en W'schlag nei!
Grad' jehz zu de „F-hnet-Rändle“.

Soll' an 's **Schmalz** recht billig sel!

Ja der Christian an der Brucka
Bringt „ernent“ Verlust, 's ischt arg!
Do laß i mi „obi“ brucka

Und gib s' **Pfund nur 15 Mark!!**

Altensteig, 7. II. 1921.

Fritz Bühler jr.

Nur gute Qualitäten.

Hosenzeuge, Bettköltsche,
Kleider- u. Schürzenstoffe

bei Einkäufen im Betrag von Mk. 100.— ab vergüte
die Rückfahrt Altensteig-Nagold.

Christian Schwarz, Nagold.

Deckreis

kauft zu höchsten Preisen u. Lieferung bis 15. April

Ch. Geigle, Nagold, Telefon 24.